

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920**

78 (22.3.1920) Erstes Blatt

# Karlsruher Tagblatt

**Wagnispreis:**  
In Karlsruhe frei ins Haus  
geliefert monatlich 2,40 Mk.,  
vierteljährlich 7,20 Mk., an  
den Ausgabestellen abgeholt  
monatlich 2,30 Mk.,  
vierteljährlich 6,90 Mk., durch  
den Briefträger frei ins  
Haus gebracht monatlich  
2,65 Mk., vierteljährlich 7,95 Mk.

**Verlag, Schriftleitung  
und Geschäftsstelle**  
Königsplatz 1.

**Wagnispreis:**  
Die Ogeß. Monarchiesseite  
oder deren Raum 90 Fla.  
Reklameseite 8.— Mk., an  
erster Stelle 8,50 Mk.,  
Rabatt nach Tarif.  
Anzeigenannahme  
bis 12 Uhr mittags.  
Kleinere Inserate kostenfrei  
bis 4 Uhr nachmittags.

**Bernsprechanschlüsse:**  
Geschäftsstelle Nr. 205.  
Verlag Nr. 207.  
Schriftleitung Nr. 20 u. 948

**Badische Morgenzeitung** Mit der Wochenschrift „Die Pyramide“ **Badische Morgenpost**

Verantwortlich für Politik: Martin Volzinger; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für den Reichsteil: Carl Pöschel; für Inserate: Paul Kuhn; Druck und Verlag: C. D. Müller'sche Buchhandlung u. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Hegelstraße 15/16. Teleph.-Amt 115land 2902. Für unvollständige Manuskripte oder Druckfähen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist.

117. Jahrg. Nr. 78. Montag, den 22. März 1920 Erstes Blatt.

## Deutsch-österreichische Kulturnot.

Von Universitätsprofessor Dr. Robert Sieger in Graz.

Während des Krieges haben die Zensur, die Preisvorschriften, die Reiseerschwerungen den geistigen Verkehr zwischen den Deutschen Österreichs und jenen des Reiches, den wissenschaftlichen und politischen Meinungsaustausch, die künstlerischen und seelischen Beziehungen in ungeahntem Maße unterbrochen, von der Kenntnis des feindlichen und neutralen Auslandes ganz zu schweigen! Während man in Berlin oder München nicht nur die wissenschaftlichen Zeitschriften, selbst die politischen Blätter aus Feindesland überall bekam, war in Österreich (nicht in Ungarn) die Einfuhr verboten, und nicht einmal die Schweizer Blätter immer erhältlich. Zum Schluß kam dann auch noch die Erziehung der Ausfuhrbewilligung aus dem Deutschen Reich dazu, die es z. B. dahin brachte, daß mein Beitrag über Österreich-Ungarn in dem Sammelwerk „Deutschland und der Friede“ zwar von der Leipziger Zensur durchgelassen, aber seine Ausfuhr nach dem „Auslande“ — und dazu gehört natürlich auch Österreich — nicht ohne weiteres und erst auf viel Bemühungen gestattet wurde! Viele von uns trugen alle derartigen Placerien mit Geduld als Ausfluß angeblicher oder wirklicher „militärischer Notwendigkeiten“ und hofften, daß der Sieg sie bald beseitigen werde. Underschiedende aber sahen darin ein Zeichen innerer Schwäche und wurden dadurch auch in ihrer Verweisung am Kriegserfolg oder in ihrer Hoffnung auf einen innerpolitischen erwünschten Mißerfolg der Mittelmächte bestärkt. Das langsame, aber doch merkliche Sinken der Krone und die Kriegszuschläge des Buchhandels beiderseits der Grenze, die Erhöhungen der Post- und Frachtabgaben und anderes kamen dazu und machten es dem Deutsch-Österreicher immer schwerer, sich aus reichsdeutschen Büchern oder Zeitungen zu unterrichten. Der wissenschaftliche Arbeiter konnte die einschlägige Literatur für seine Untersuchungen nur lückenhaft, in zufälliger Auswahl, verwerten und manche Veröffentlichung unterblieb deshalb, umso mehr, als die Jahrgelder für Büchereien und Forschungsanstalten herabgesetzt und erst mit Juli 1919 wieder auf die Vorkriegshöhe gebracht wurden, ohne auch nur den fünften oder sechsten Teil der Vorkriegskaufkraft zu erreichen.

Das Kriegsende und die Anschlusshoffnung schienen das Ende solcher geistigen Einbuße und kultureller Absperrung zu bringen. Aber nur für einen Augenblick. Heute kann der geistige Arbeiter in Österreich von Tag zu Tag weniger die Kosten für reichsdeutsche Bücher oder gar für Reisen nach dem Reich erschwingen. Die Mark, die ihm bei Sendungen, die er aus dem Reich, etwa für Honorar, erhält, mit 3 bis 4 Kronen aus von der Post angerechnet wird, kommt ihm bei Zahlungen nach dem Reich durch die Post um eine Krone (oder auch noch um etwas mehr) höher zu stehen. Dazu die Zuschläge aller Art. Ein Festen der billigen Teubnerischen und Böschenschen Sammlungen und dergleichen, die um 1-2 Kronen gebunden zu haben waren, kosten heute 10 Kronen und mehr; Bücher normalen Umfangs, Romane, Lehrbücher, gar wissenschaftliche Handbücher sind unter 40 bis 100 Kronen kaum zu haben, für 3 bis 4 wissenschaftliche Zeitschriften geben unsere wissenschaftlichen Institute und Seminare, die bestbeachteten Ausgenommen, die größere Hälfte ihrer Jahresbezüge oder deren Gesamtbezug aus. Die Universitätsbibliotheken müssen eine um die andere seit Jahren laufende Zeitschrift aufgeben, wenn sie auf den Ankauf selbständiger Werke nicht ganz verzichten wollen. Auch außerordentliche Zuwendungen verschwinden im Nu auf einige wenige Werke. Der Forscher, der Lehrer, vollends der Student, müssen fast ganz darauf verzichten, ihre Bücherei zu vermehren, ja, sie können sie vielfach nicht einmal erhalten und müssen Stück um Stück verkaufen.

Wer wird auf die Dauer das geistige Banner hochhalten können, wenn er für auswärtige Zeitungen den Gegenwert für unentbehrliche Nahrungsmittel, für eine bescheidene Bücherei jenen für Wohnung oder Kleidung während mancher Monate hergeben muß!

Daraus erwächst eine geistige Verarmung und Kulturnot, die nicht weniger schlimm ist als die physische. Vor allem aber ersterben unter ihrem Druck die lebhaften Beziehungen zum Reich, die heute doppelt notwendig sind, wenn das deutsche Volk eine Einheit bleiben soll, wenn seine einzelnen Glieder beiderseits der vielen neuen Staatsgrenzen einander besser verstehen und würdigen lernen sollen. Daß das nötig ist, steht

## Die Vorgänge im Reich.

Von unserer Berliner Redaktion wird uns

debatet:

Die Reichsregierung ist wieder nach Berlin zurückgekehrt und der Generalstreik ist von der Generalkommission der Gewerkschaften unter Führung Reutens, des Bundes freier Anstaltellenverbände und des Deutschen Beamtenbundes nach den bekannten Abmachungen der Regierung für ganz Deutschland als beendet erklärt worden. Leider ist damit aber eine vollständige Perihelion noch keineswegs überall eingetreten, von den vielen verhängnisvollen wirtschaftlichen und technischen Nachwehen der letzten Woche kann zu schweigen. Teile der Arbeiterschaft, die unter dem Einflusse kommunistischer und sozialer unabhängiger Seher stehen, wollen von einer Beendigung des Streikes noch nichts wissen oder versuchen mit sinnloser Perfidie die Demokratie durch eine Proletariatsdiktatur zu ersetzen. In Berlin war deshalb am Sonntag auch das Ende des Generalstreiks nur sehr teilweise bemerkbar. Mit Ausnahme einiger Vorkabinen ruhte der Straßenbahnverkehr noch vollständig.

In der Nacht vorher war es im Osten der Stadt, besonders in Adlerhof, nahe beim Hauptplatz, zu bedauerlichen blutigen Kämpfen gekommen, die von kommunistischen Wänden angezettelt, erst zur Ermordung einer Anzahl zeitweiliger Offiziere und nach Einreifen der Reichswehr zur standrechtlichen Erschießung von 24 hochbewährlichen Kämpfern führten. Da der verhängnisvolle Belagerungszustand aber zurückgezogen worden ist, wird diese Erschießung von den Unabhängigen für gerechtfertigt erklärt, die dabei nicht die vorangehenden Grausamkeiten des Böbels bedenken. Bisher ist eine einigermaßen klare Ueberlicht über die Berliner Vorgänge noch nicht zu erreichen. Viele Einzelmeldungen dürften sich als übertrieben herausstellen, während die langen stillen Vorbereitungen in militärischen und rechtsbedingten Kreisen immer deutlicher hervorstrahlen.

Die Regierung ist bestrebt, die wirklich Schuldigen zu treffen und gleichzeitig mit den hinter ihr stehenden Reichswehrtruppen die kommunistischen Kämpfer in Berlin wie vor allem im Ruhrgebiet und Thüringen energisch zu unterdrücken. Erst wenn dies gelungen ist, wird die politische Abrechnung und Rekonstruktion der Regierung erfolgen. Schon jetzt ist eine neue Spaltung im sozialistischen Lager eben durch die Stellung zum Abbruch des Generalstreikes zu erkennen. Die nächsten Tage werden diese Entwicklung deutlicher zeigen und zu gleicher Zeit wird sich entscheiden, ob sich endlich im Bürgerium eine Annäherung der Mittelparteien auf der Basis rückhaltloser Anerkennung der republikanischen Verfassung und der Demokratie ermöglichen läßt.

## Kapp und die interalliierte Kontrollkommission.

Uns wird mitgeteilt:

Kapp hatte durch das Wolff-Büro die Nachricht verbreiten lassen, daß seine Regierung in günstige Verhandlungen mit der alliierten Kontrollkommission in Berlin eingetreten war. Die alliierten Vertreter haben sofort und auf das Entschiedenste diese feststehende Meldung dementiert. Kapp aber hat es dem Wolff-Büro verboten, dieses Dementi zu veröffentlichen, das trotzdem durch das „Berliner Tageblatt“ und die „Vossische Zeitung“ einem Teil des Publikums bekannt wurde.

Es liegt im Interesse der gesamten deutschen Demokratie, daß sie erfährt, durch welche Mittel die Gegenrevolution die Wehr im deutschen Lande zu fangen hoffte. Die Alliierten haben seit nur eine Regierung in Deutschland gekannt, und zwar die gesetzliche demokratische Regierung.

## Zum Eingreifen deutscher Truppen in der neutralen Zone.

Paris, 21. März. Der „Zeit Parisien“ stellt zu dem Einreifen deutscher Truppen in der neutralen Zone fest, daß die von der Regierung Bauer nachgesuchte Bewilligung von der Entente nicht genehmigt ist und daß die Regierung Bauer noch weiter anhalten wird, da sie zu viel Truppen in die neutrale Zone entsandt habe. Die Zahl dieser Truppen habe in keinem Verhältnis gestanden zu der in dem Gebiet angedachten Truppenstärke. Statt eines Bataillons, das Düsseldorf besetzen sollte, seien dort 13 Bataillone einmarschiert. Es scheint, daß man mit mehreren Streitkräften der bemanneten Arbeiter Herr werden konnte.

In der gleichen Anwesenheit schreibt „Echo de Paris“, Deutschland, das von den Alliierten auf sein Ansuchen keine Antwort erhalten habe, könne eine Vermittlung einer so ansehnlichen Forderung nicht verlangen.

## Ein Dementi.

Paris, 22. März. (Wolff.) In französischer offiziellen Kreisen erklärt man, von einer Note des Obersten Rates, die der britische Geschäftsträger in Berlin, Lord Kilmarrod, dem Wiener Geschäftsträger übergeben haben sollte, keine Kenntnis zu besitzen.

## Die Vereinigten Staaten und die Niedererschlagung des Berliner Handstreikes.

Berlin, 22. März. (Wolff.) Der Vertreter der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Berlin hat der deutschen Regierung gegenüber seiner Genugung über die jüngst erzielte Beseitigung des militärischen Regiments und die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Ausdruck gegeben. Er ist überzeugt, daß die öffentliche Meinung in Amerika alle Bestrebungen, von welcher Seite sie auch immer kommen mögen, die darauf abzielen, geordnete und feste Zustände zu durchbrechen, aufs schärfste mißbilligen werde. Gewalttätige oder Bestrebungen, um eine Staatsumwälzung durch ungesetzliche Mittel herbeizuführen, würden dazu beitragen, die Wiederaufnahme guter Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aufs schwerste zu gefährden. Solche Handlungen werden auch auf ernsteste die Lebensmittelförderung Deutschlands und die Verbesserung der gegenwärtigen ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse durchzuführen, die durch Hilfsmaßnahmen geplant und bereits eingeleitet sind.

## Der Ausschluß Winnigs.

Münchener i. Br., 22. März. Nach einer Meldung der „Münchener Volkszeitung“ ist Oberpräsident Winnig aus der sozialdemokratischen Fraktion ausgeschlossen worden. Winnig hatte, aus welchen Gründen ist noch nicht bekannt, die sogenannte Regierung Kapp anerkannt. (D. R.)

## Entspannung in München.

(Drahtmeldung unserer Münchener Korrespondent.)

fr. München, 22. März. In München ist am Sonntag wieder eine Entspannung der Lage eingetreten. Nachdem man Samstag nachmittags in einer Vorbesprechung der Betriebsräte sich die Mehrheit für die Aussetzung der Arbeiterschaft erklärt hatte, fand dieser Vorbesprechung in der Vollversammlung am Sonntag vormittags keine Anstalt, ebenso nicht die Erneuerung des Generalstreikes. Dabei wird wohl die Ausschließung solcher Blätter angeht, die die Haltung der verschiedenen Wehrkörper entscheidend beeinflussen. Abgeordneter Gredes, der Minister des Innern im zurückgetretenen Ministerium Hoffmann, ist an die jetzige Regierung mit Forderungen herantreten, die die Einwohnerehre und ihre Verfassung in ihrem Lebensbereich treffen würden, insbesondere die Forderung, daß die Wehrmänner ihre Waffen nicht mehr bei sich zu Hause aufzubehalten, sondern an Sammelorten einliefern sollten. Auf Grund der Erfahrungen, die in den letzten Tagen vor allem auch in Nürnberg, Erlangen und in der Verfassung gemacht worden sind, hat die Münchener Einwohnerehre dagegen sowie jede Verletzung ihrer Verfassung einmütig scharfliche Verwahrung eingelegt. Sie wird von den bürgerlichen Parteien, die für die Zeit der Gefahr auf Veranlassung des Münchener Bürgerrats eine Art Vorkommando geschlossen haben, darin unterstützt.

Berlin, 22. März. (Wolff.) Die Generalkommission der Gewerkschaften und die Berliner Gewerkschaftskommission haben den Abbruch des Generalstreikes proklamiert. Demgegenüber beharrt die Generalstreikleitung, deren Mitglieder größtenteils aus Angehörigen der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei besteht, auf der Durchführung des Generalstreikes.

Wolff, 22. März. (Wolff.) Während des Samstags und in der Nacht zum Sonntag, kam es zu lebhaften Feuergefechten zwischen Truppen und bemanneten Arbeitern. Die Stadt soll ziemlich von Arbeitern eingeschlossen sein.

Wolff, 22. März. (Wolff.) Der Eisenbahnbetrieb im Reichsbereich Leipzig ist heute vormittags 6 Uhr in vollem Umfang wieder aufgenommen worden.

Münchener i. Br., 22. März. (Wolff.) Die Gewalttätigkeiten in den Händen eines ungesetzlichen Polizeiausschusses. Die Straßenkämpfe in der Richtung nach Langenloos sind beendet und abgeklungen.

Münchener i. Br., 22. März. (Wolff.) Hier hat sich am Samstag ein Vollausschuss gebildet, der aus Mitgliedern der drei sozialdemokratischen Parteien besteht. Auf Grund von Verhandlungen mit der Stadtverwaltung ist dem Vollausschuss ein Kontrollrecht über die allgemeine Verwaltung zugebilligt worden. Die Stadtverwaltung führt die Geschäfte einstuftweilen fort. Die Beamten und Angestellten sollen uneingeschränkt und die Rechte der Stadtverordnetenversammlung unberührt bleiben. Ueber die Dienststellung und Bezahlung der Sicherheitswehr stehen noch Verhandlungen.

Paris, 22. März. (Wolff.) Die drei sozialdemokratischen Parteien des Industriegebietes haben an die Nationalversammlung eine Drabtna gerichtet, in der es heißt: Die drei sozialdemokratischen Parteien des Industriegebietes stellen sich einstimmig auf den Standpunkt, daß alle Kräfte einmütig werden müssen, um die Reaktion niederzuschlagen. In keiner Weise können sie dem General Freikern von Matter Vertrauen entgegenbringen, der als reaktionärer, monarchistischer Offizier die Arbeiter zur Abgabe der Waffen aufforderte, aber das Vataillon Schula, das auf dem Boden der Demokratie steht, nicht entwarf. Wir verlangen sofortige Einstellung der Truppenbewegung, da wir sonst annehmen sind, in berechtigter Gegenwehr zum Angriff zu scheitern. Die Konferenz lehnt einstimmig die Einföhrung der Materregierung ab und steht mit ihrem Vorschlag auf durchaus geselllichem Boden. Am Industriegebiet herrscht absolute Ruhe und Ordnung. Die Arbeit wurde mit Ausnahme der unter Waffen stehenden Arbeiter wieder voll aufgenommen.

München, 22. März. Eine Bande versuchte die Einwohnerwehr im Bahnhof Soltenstraße zu überfallen. Es entstand ein Feuergefecht. Zwei Mann der Bande wurden getötet. Die Sicherheitswehr hat acht Mann der Bande verhaftet.

Münchener i. Br., 22. März. (Wolff.) Hier ist es am Samstag auf dem Schloßplatz zu einer Schießerei gekommen, bei der acht Personen verletzt wurden.

## Deutsch-Westungarn und die Volksabstimmung.

Von Prof. Dr. Immenböcker in Wien.

Die früheren Regierungen Ungarns, die nach dem Zusammenbruch aus Nieder gelangt waren, haben den Gedanken einer Volksabstimmung in dem an Deutschösterreich abzutretenden Teile Westungarns weit von sich gewiesen. Weder Graf Michael Karolyi, noch die Ministerregierung, noch die Regierung Friedrich wollten von ihr etwas wissen und der bormalige Kommandierende im Burgenlande, Oberst Lehar, hat dem Vertreter der Wiener Mittagszeitung „Wiener Mittag“ gegenüber die Zustimmung, ein Plebiszit über die Zugehörigkeit des künftigen Landes vorzunehmen, ebenso entschieden abgelehnt. Das war damals, als man die Aussichten Deutschösterreichs als völlig belanglos betrachtete konnte. Seitdem hat sich das Blatt gründlich gewandelt. Der Friede von St. Germain und nicht minder die von der Entente Ungarn vorgeschriebenen Friedensbedingungen haben das Land des Österreich ausgesprochen. Leider aber ist diese Bestimmung noch immer nur auf dem Papier und steht noch weit ab von ihrer Verwirklichung. Seitdem hat man in Ungarn Zeit gefunden, die deutsche Bevölkerung entsprechend zu bearbeiten und die nötigen Vorbereitungen für eine etwaige Volksabstimmung, die nun die letzte Hoffnung der magyarischen Machthaber bildet, zu treffen, so daß man sie nicht mehr zu fürchten braucht, ja daß sie sogar gute Aussichten dafür bietet, für Ungarn zu entscheiden. Welchen Wert also die Verwirklichung Ungarns haben, daß man sich aus dem künftigen Plebiszit zurückziehen und eine gänzlich unbestimmte Abstimmung sichern werde, läßt sich denken. Diese Abstimmung ist keine willkürliche Annahme, keine Konvention, sondern läßt sich greifbar erhärten. Nach dieser Richtung spricht ein toben aus Westungarn eingelangener Brief eines Feinsgen (so nennen sich die Bemohner der deutschbesiedelten weingartenreichen Gebiete) eine nur allzu berechtigte Sprache. Er lautet:

„Alles geht gut durch die Zensur. Die Magyaren haben bei der Entente um Volksabstimmung angefleht. Heute war der Stabschef (politischer Beamter) hier und hat eine Veranlassung abgegeben. Er hat alles möglich versprochen, damit wir nur für Ungarn stimmen. Kein Mensch hat dagegen ein Wort gesagt, weil wir schon von unserer Nachbargemeinde hörten, daß die, welche dagegen waren, bestraft und fortgetrieben worden sind. Wir warteten auf einen Tag auf den anderen, kein Mensch kommt und zu Hilfe und befreit uns. Kein Wort darf man hören lassen: Ich will zu Österreich. Ungarn möge büßeln, alles ist bereit. Den Brief schickte ich durch einen Schmuggler über die Grenze. In der Nachschrift heißt es: Wenn das (die Volksabstimmung) zugelassen wird, sind wir verloren. Den Leuten werden goldene Berge versprochen. Österreich wird verhandelt gemacht, niemand darf sich rühren, sonst verhängt er. Wer kann da Widerstand, sein Leben auf's Spiel setzen?“

Die ganze Tragik eines Häufleins deutscher Stammesbrüder spricht aus diesen schlichten Zeilen. Ausgeliefert an die magyarische Gewaltherrschaft, im Stiche gelassen von Deutsch-Österreich, das es versäumt hat, rechtzeitig die Hand auf ein Gebiet zu legen, das ihm von rechtschaffen gehört, vor die Möglichkeit einer Volksabstimmung gestellt, die unter den gegebenen Verhältnissen alles eher sein kann, als der Ausdruck der wahren Stimmung der Abstimmdenden, sieht es sich in allen Hoffnungen betrogen, ist immer Führer betraubt und weiß, daß es, wenn die Abstimmung für Ungarn ausfällt, eine Weite magyarischer Nachhaken wird, im anderen Falle aber von den abziehenden Magyaren schwerste Drangsal zu erleiden haben wird. So spiegelte sich hier im Kleinen das Los des deutschen Volkes. Wenn es nicht gelinzt, die Entente zu schleunigster Erzwingung der Uebergabe Deutsch-Westungarns an Deutschösterreich, aber ohne Volksabstimmung, zu bewegen, muß damit gerechnet werden, daß es bei Ungarn verbleibt. Allerdings ist bereits ein Vertreter der deutschösterreichischen Regierung, der zurzeit in Westungarn tätigen Untersuchungskommission der Entente ermächtigt und dorthin abereist. Ob es ihm aber gelingen wird, den Madenschaften der ungarischen Regierung wirksam entgegenzutreten, ist einzuweilen noch eine offene Frage.

## Die deutsche Republik.

### Der drohende Landwirteleut in der Pfalz.

Der stellvertretende Regierungspräsident der Rheinpfalz, v. Chlingen-Spessa, erklärt an die Landwirte und an die Bevölkerung als Antwort auf die Annahmen der Freien Pfälzischen Bauernschaft, am Dienstag in den Generalstreik zu treten, einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Die Besserung der Verhältnisse kann nur von einer moralischen Gründung des Volkes erwartet werden. Als oberster Verwaltungsvorstand des Kreises werde ich meine ganze Kraft daransetzen, an diesem Umschwung, der nicht allein durch amtliche Arbeit erfolgen kann, mitzuwirken.

Die freie Bauernschaft verlangt von mir Dinge, die ich nicht machen kann und darf. Ein rascher und völliger Abbau der komplizierten, in jahrelanger Entwicklung aufgebaute Ernährungswirtschaft müßte zum Zusammenbruch führen, Tausenden Hunger und schwerstes Elend bringen. Die freie Bauernschaft droht mit Viehschere. Das Ausbleiben der Milchlieferung auch nur für wenige Tage bedeutet den Tod oder schwere Lebensgefährdung für zahllose Kinder, kranke Frauen, Greise und Kranke. Wer hier teilnimmt, ist mitschuldig. Die Unterlassung der angeord-





